

Über neue Trauerrituale für die „Gefallenen“ der Bundeswehr

Wenn immer mehr Säрге kommen ...

Immer mehr Angehörige der Bundeswehr kehren als menschliche Wracks oder in Särgen von ihren „Auslandseinsätzen“ zurück. Auch wenn sie sich freiwillig dorthin gemeldet haben, geraten sie zunehmend in Widerspruch zu den ihnen befohlenen militärischen Aufgaben. Schließlich tragen sie ganz persönlich das Risiko des eigenen Todes. In der Öffentlichkeit ist Afghanistan beim besten Willen nicht mehr als Verteidigungskrieg zu vermitteln. Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an diesem Krieg ist von imperialistischen Interessen getriebene Politik, es geht um globale Strategien und um Rohstoffe. Die in der BRD politisch Herrschenden geraten immer öfter unter Rechtfertigungsdruck und versuchen, darauf zu reagieren. Sie setzen dabei auf zivil-religiöse Rituale, die sich an tief im kollektiven Unterbewußten der Gesellschaft verankerte Empfindungen richten. Angesichts ständig wachsender Zahlen toter deutscher Soldaten sollen sie das Gefühl vermitteln, daß es Sinn macht, sich für die mörderischen Auftraggeber zu opfern.

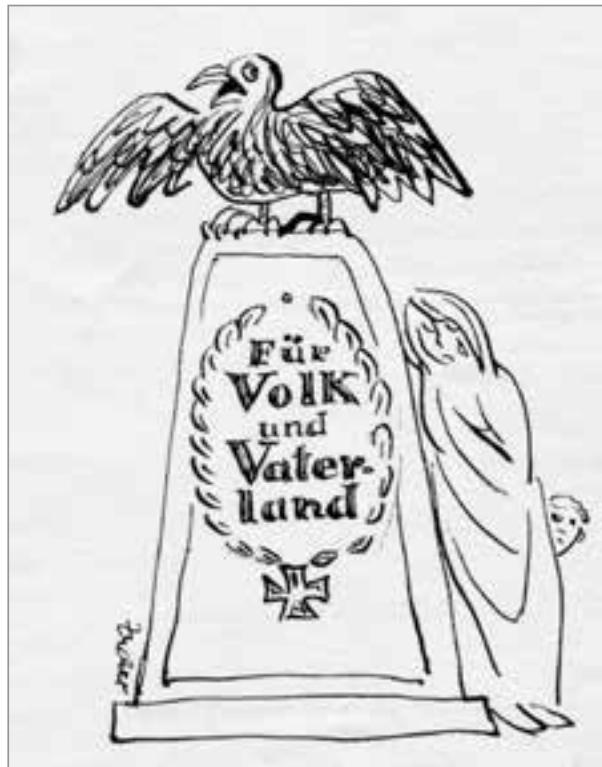
Zivilreligion ist ein System, an die kollektiv, oft unbewußt in der Gesellschaft verwurzelten Gefühle und Werte mit religiösen Mitteln heranzukommen. Der Soziologe Niklas Luhmann sagt, es handle sich um „jene Elemente eines religiösen Glaubens, für die man bei allen Mitgliedern der Gesellschaft Konsens unterstellen kann“. Ihre Affinität zum religiösen System beruht darauf, daß der weltliche Staat Werte wie „Menschenwürde“, „Freiheit“, „Gleichheit“ oder „Gerechtigkeit“ selbst nicht hervorbringen und garantieren kann. Besonders wenn es um den Tod geht, ist Religion bei ihrem zentralen Thema: Die prinzipiell unaufheb- bare Ungesicherheit des menschlichen Daseins. Warum geschieht gerade dies mir? Warum muß ich sterben? Warum gerade jetzt?

Die Führung der Bundeswehr reagiert seit einiger Zeit auf „durch Fremdeinwirkung getötete Soldaten“ mit ständig großartiger inszenierten Trauerriten, die diesem zivil-religiösen Bedürfnis nachkommen sollen. Was lassen sich die Bundeswehr und deren Führung dazu einfallen, daß immer mehr Säрге zurückkommen?

Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung sprach am Ende seiner Trauerrede für zwei in Afghanistan getötete Bundeswehrsoldaten am 24. Oktober 2008 in Zweibrücken erstmals das entscheidende Wort aus: „Ich verneige mich

in Dankbarkeit und Anerkennung vor den Toten, die für unser Land im Einsatz für den Frieden *gefallen* sind.“

Bis zu diesem Tag waren im Kriegseinsatz umgekommene Bundeswehrangehörige nach der offiziellen Sprachregelung stets als „Getötete“ bezeichnet worden. Mit dem Gebrauch der psychologisch und geschichtlich hoch aufgeladenen Bezeichnung „gefallen“ stellte Jung die Bundeswehr bewußt in die Tradition der



Grafik: Gertrud Zucker

Heldenverehrung bei allen seit 1870 von Deutschland geführten Kriegen. Weder das Soldatengesetz der BRD noch dessen einschlägige Kommentare kannten bis 2008 den Ausdruck des „gefallenen Soldaten“. Bis 2005 war die gängige Formulierung am Sarg des Betroffenen, er sei in Ausübung seines Dienstes für die Bundesrepublik Deutschland durch einen „hinterhältigen und verbrecherischen Mordanschlag“ ums Leben gekommen (Minister Struck am 10. Juni 2003) und einen Tod gestorben, „in dem man keinen Sinn sehen“ könne (Strucks Nachfolger Jung am 23. Mai 2007). Gefallene „Helden“ hatten in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit der alten BRD seit den frühen 50er Jahren kein großes Ansehen. Dies bewirkte vor allem die „Ohne-mich-Bewegung“ gegen die Wiederbewaffnung. Man glaubt es kaum, sogar Franz Josef Strauß sagte 1949: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfaulen.“ Der Ideologe der Wiederbewaffnung und Mann der „Inneren Führung“ Graf Baudissin

definierte in seinen öffentlichen Auftritten bis in die 60er Jahre die Bundeswehr ganz unheroisch als „notwendiges Übel“. So sind auch die bei Auslandseinsätzen seit 1991 ums Leben gekommenen Soldaten „durch Fremdeinwirkung“, d. h. bei Kampfhandlungen oder Anschlägen, getötet worden. Inzwischen kamen im Rahmen des ISAF-Einsatzes in Afghanistan insgesamt 54 Bundeswehrangehörige zu Tode. Dies verlangte nach Würdigung. Ab 2008 sind sie deshalb zu „Gefallenen“ erklärt geworden.

Fester Bestandteil aller militärischen Trauerfeiern war und ist bis heute nach der zentralen Dienstvorschrift folgendes Ritual: Sechs bis acht Soldaten stehen als Totenwachen am Sarg. Dieser ist mit der Flagge der BRD bedeckt, darauf liegt ein Gefechtschirm. Das Foto des Soldaten - meist als Porträtaufnahme in Uniform - gehört zum Dekor. Als Abschluß wird die Melodie des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“ gespielt.

Bis 2008 fanden die Gedenkfeiern für getötete Angehörige der Bundeswehr am Ort ihrer Rückkehr auf deutschen Boden, auf dem Gelände des Fliegerhorsts Wunstorf oder auf dem Flughafengelände in Köln-Wahn - also an einem nicht-öffentlichen Ort - statt. Damit wurde der bundeswehrinterne Charakter der Trauerfeier unterstrichen. Man wollte die zivile Öffentlichkeit von einer Teilnahme an den Zeremonien fernhalten. Die Begründung lautete: Die Soldaten nähmen sich selbst zwar als solche wahr, welche sich für die kollektiven Werte und Interessen Deutschlands mit ihrem

Leben einsetzten, wußten aber darum, daß die deutsche Öffentlichkeit ihnen bestenfalls „ein freundliches Desinteresse“ entgegenbrächte. So formulierte es Bundespräsident Köhler am 10. Oktober 2005. Deshalb habe man allen Feiern den Charakter einer „Verabschiedung unter Kollegen“ gegeben.

Diese Exklusivität spiegelte sich auch in der Rhetorik bei Trauerfeiern wider. In ihren Ansprachen bezogen sich die anwesenden Verteidigungsminister auf den Gemeinsinn der Berufsgruppe der Soldaten. Das „starke Band der Kameradschaft“, so Struck am 10. Juni 2003, habe den Dienst der Soldaten „in gegenseitiger Treue“ geprägt. Darauf könnten sich auch die Hinterbliebenen in dieser „Stunde der Not“ verlassen. Die in den Trauerreden benutzte Sprache stellte die getöteten Soldaten so dar, als ob sie sich im Dienste humanitärer Hilfsorganisationen für Menschenwürde, Frieden und Recht in die Bresche geworfen hätten. Struck sprach von Männern, „die in Kabul ihre Gesundheit

und ihr Leben für eine bessere und friedliche Zukunft des Landes eingesetzt haben“. Nun aber kehrten immer mehr Soldaten tot von ihren Einsätzen zurück. Dieser Situation versuchte man sich durch eine neue Sprachregelung anzupassen. Im Juni 2003 betonte Minister Struck, die vier in Afghanistan getöteten Soldaten seien nicht nur humanitär für die Menschen „vor Ort“, sondern auch „für uns alle“, „für unsere Sicherheit“ und somit letztlich „für unser Land“ gestorben. Damit nahm er vorweg, was er

am 11. März 2004 dann im Bundestag erklärte: „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt.“ Wie veränderte sich nun seit Beginn der Auslandseinsätze die Inszenierungspraxis bei Trauerfeiern der Bundeswehr? Ab August 2008 findet ein Ortswechsel statt. Nun werden die Zeremonie nicht mehr versteckt in der Kaserne, sondern öffentlich in Kirchen abgehalten. Jetzt geht es um die große Öffentlichkeit, wobei die Elemente sakraler Repräsentationskultur wichtig werden. In würdevoller Atmosphäre und vor religiöser Kulisse sind die Spitzen der deutschen Politik zugegen. Sie verfolgen die Ansprache eines Ministers, in dessen Nähe der Altar steht, brennende Kerzen leuchten und die Särge der toten Soldaten, der „Gefallenen“, aufgebahrt sind. In dieser Verbindung politischer und religiöser Symbolik verwandeln sich die Trauerfeiern zu „Trauergottesdiensten“. Die Präsenz der „Aura des Heiligen und Erhabenen“ vermischt sich mit der Feierlichkeit des militärisch-politischen Rituals.

Minister zu Guttenberg war da in seinem Element. Ausdrücklich nahm er religiöse Wendungen und Bezüge auf und versuchte, den betrüblichen militärischen Anlaß mit dem würdevollen sakralen Rahmen zu verbinden. Mehrmals bezog sich Guttenberg in seinen Reden auf den besonderen Ort: „... und so bitte ich Sie alle in dieser Kirche ...“, sowie auf die besondere Zeit des Kirchenjahres: „Die Osterwoche, nach einem entsetzlichen Karfreitag, sollte Hoffnung geben.“ Er verband in emotionalen Worten mit der Trauer um die gefallenen Soldaten – „Ich habe am Ostersonntag die Tränen der heimkehrenden Kameraden gesehen“ – sein eigenes religiöses und politisches Bekenntnis: „Und wenn es diesen Gott unseres christlich geprägten Europas gibt, woran ich fest glaube, dann werden sie, diese tapferen Männer, bei dem Vater aufgehoben sein, dessen Sohn sein Leben gab für das Leben der Menschen auf dieser Welt.“ (24. April 2010) Guttenberg schloß seine Ansprachen, wie schon

zuvor Jung und Struck, stets mit dem Wunsch, die gefallenen Soldaten mögen „in Gottes Segen geborgen“ sein.

Die Verlagerung der offiziellen Trauerfeiern vom abgegrenzten militärischen Gelände in die allgemein zugänglichen Kirchen führte zu breiter öffentlicher Berichterstattung. Live-Übertragungen im Fernsehen wurden zur Regel, sogar auf die örtlichen Marktplätze. Großbildleinwände erinnerten an Veranstaltungen bei großen Sportereignissen.



Ab 2008 ist die Trauerfeier für Bundeswehrangehörige ein öffentlicher Gottesdienst.

Neben dem äußeren Rahmen veränderte sich auch der rhetorische Umgang mit den Biographien der getöteten Soldaten. So erwähnte Struck in seiner Trauerrede vom 10. Juni 2003 nur Namen, Dienstgrad und Geburtsort der Getöteten. Sein Nachfolger Jung begann seine Ausführungen zum Leben der Soldaten mit dem Eintritt in die Bundeswehr und konzentrierte sich im folgenden auf die bundeswehrinterne Karriere.

In den Reden Guttenbergs wurden nunmehr dienstliche Funktion und persönlichen Schicksal verbunden. Beispielhaft hierfür waren seine Ausführungen am 9. April 2010: „... wurde 1984 in Freital in Sachsen geboren. Nicht einmal 26 Jahre alt ist er geworden. Nach der Schule absolvierte er zunächst eine Berufsausbildung als Wirtschaftsassistent. 2006 ging er zur Bundeswehr – zu den Fallschirmjägern. Er war ein begeisterter Sportler, der schon als Jugendlicher im Fußball aktiv war, Kraftsport trainierte. Seine Kameraden berichten, daß er ebenso beliebt wie angesehen war. Seine Heimat blieb indes Sachsen. Hier wollte er mit seiner Freundin nach dem Einsatz ..., in einer gemeinsamen Wohnung zusammenziehen.“ Es geht also um mehr als ein innerbetriebliches Ereignis der Bundeswehr. Der Tote ist, so die Botschaft des Ministers an die deutsche Öffentlichkeit, in erster Linie „einer von Euch“ gewesen, der „für Eure Ziele, Werte und Entscheidungen“ gestorben ist.

Sie gipfelte in dem Satz, er habe „in Eurem Auftrag“ sein „Leben gegeben“. Daher sei es die Aufgabe aller, seiner ehrenvoll zu

gedenken. Er verdiene Achtung, Respekt und Dankbarkeit.

Die hier vorgenommene symbolische Überhöhung wurde so auf alle Angehörigen der Bundeswehr ausgedehnt. Der „deutsche ISAF-Soldat“ und sein kriegerisches Wirken werden zu einer Leitfigur, mit der sich die politische Gemeinschaft identifizieren soll. Wir können beobachten, wie sich in den Redemanuskripten zwischen 2001 und 2011 die Schilderung der Leistungen der Bundeswehrsoldaten immer

stärker von deren konkreten Aufgaben löst und zu allgemeinen Vorstellungen von Tugend wie Einsatzbereitschaft, Hingabe und Leidenschaft hochstilisiert wird: „Es braucht Männer und Frauen, die sich mit ihrer ganzen Kraft für die Würde des Menschen, für Frieden, Freiheit und Recht einsetzen, dafür auch Risiken für sich selbst in Kauf nehmen. Diesen Auftrag erfüllen unsere Soldaten in hervorragender Art und Weise“, erklärte Jung am 24. Oktober 2008.

Guttenberg wollte nicht mehr vorrangig als Sprecher des „Funktionssystems Bundeswehr“ oder des „politischen Entscheidungssystems“ der Bundesregierung verstanden werden. In seinen Reden tauchen vermehrt Werte wie Tapferkeit, Pflichtbewußtsein und Patriotismus auf: „Die drei Soldaten, um die wir heute so sehr trauern, haben in ihrem Eid geschworen, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Sie haben diesen Eid erfüllt. Sie waren tapfere, treue, wahrlich treue Soldaten. Sie waren auch echte Patrioten. Sie sind für unser Land gefallen und ich verneige mich in größter Dankbarkeit und Anerkennung.“ Guttenberg inszenierte sich dabei – anders als seine Vorgänger – als zivil-religiöser Repräsentant, ja man könnte sagen als zivil-religiöser Priester der politischen Gemeinschaft des deutschen Volkes: „Soldaten, wir werden Euch vermissen. Und wer vermißt, vergißt nicht. ... Soldaten! Seid in Gottes Segen geborgen“, gab er am 9. April 2010 von sich. Waffen segnete Guttenberg allerdings noch nicht.

Edda und Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Unsere Autoren sind nach dem Studium der Theologie und mehrjähriger Tätigkeit als Pastorin und Pastor in der Kirche Schleswig-Holsteins 1974/1975 aus der Kirche ausgetreten. Sie haben danach eine Ausbildung zu Maschinenschlossern gemacht und auch in diesem Beruf gearbeitet. Politisch betätigen sich heute beide in der Partei Die Linke, wobei sie sich thematisch mit den Schwerpunkten Religionssoziologie und Kritik an der Kirche beschäftigen.

Was hinter dem vermeintlichen Abzug der ISAF-Okkupanten steckt

Afghanen sollen Afghanen töten

Die Anschläge des 11. September 2001 wurden zum Anlaß des Krieges gegen Afghanistan, obwohl dieser lange zuvor geplant war. Wie die „Washington Post“ am 19. Dezember 2000 berichtete, hatte die Clinton-Administration schon neun Monate vor der Sprengung der New Yorker Twin Towers einen Krieg am Hindu-kusch in Erwägung gezogen. Hierüber gab es Konsultationen mit den Regierungen Rußlands und Usbekistans. Da sich die usbekische Regierung weigerte, ihr Territorium für eine US-Aggression gegen Afghanistan zur Verfügung zu stellen, mußte der Krieg zunächst verschoben werden. Auch der frühere pakistanische Außenminister Naiz Naik bestätigte, daß dieser Krieg lange vor dem 11. September beschlossen worden war. Schon im Juli 2001 hatte Washington seine Regierung darüber informiert. Ende September 2006 brüstete sich auch Bill Clinton damit, als US-Präsident einen Krieg gegen Afghanistan geplant zu haben. Sowohl diese Aggression als auch

der Überfall auf Irak waren Bestandteil der „Greater Middle East Initiative“ der Neokonservativen. Nach der 2001 erfolgten Vertreibung der Taliban bestand eine reale Chance, die Staatlichkeit Afghanistans wiederherzustellen. Noch während des Krieges fand Ende 2001 unter UNO-Ägide eine internationale Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn statt. Hier wurde über den künftigen Status Afghanistans beraten. Auf Druck der über 20 anwesenden US-Vertreter bildete man unter Beteiligung dreier islamistischer und einer monarchistischen Gruppe eine Regierung für Kabul. Hamid Karsai, der seit Beginn des afghanischen Bürgerkrieges enge Verbindungen zur CIA unterhielt, wurde zum Übergangministerpräsidenten ernannt. Da diese Regierung weder Legitimation noch Rückhalt im eigenen Land hatte, wurde sie von einer NATO-Schutztruppe nach Kabul begleitet und vor Ort weiter gesichert. Damit favorisierte das Brüsseler NATO-Hauptquartier eine militärische „Lösung“ des Konfliktes. Seitdem ist Afghanistan zu einem regelrechten Übungsgelände von USA und NATO geworden, auf dem die neuesten Waffen und die Einsatzfähigkeit der Soldaten, die weitere Entwicklung sowie die Einsatzfähigkeit der US-Drohnen, der Nachfolgertyp der französischen Mirage und die gepanzerten Bundeswehrfahrzeuge in der dortigen Kriegsrealität getestet werden.

Nach dem Petersberger Fahrplan war Karsai 2002 auf einer Ratsversammlung zum Präsidenten „gewählt“ worden, wobei 24 Stimmen mehr abgegeben wurden, als Abgeordnete anwesend waren. Im Vorfeld dieser „Wahl“ hatten die USA mit zehn Millionen Dollar Stimmen für ihn gekauft. Die „New York Times“ nannte das „eine plumpe amerikanische Aktion“. Bei die-



BRD-Kriegsminister Thomas de Maizière bei „seinen“ Soldaten im Bundeswehr-Feldlager Masar-i-Scharif, wo es im Vorjahr zu Weihnachten Ente und Wildschweingulasch gab

ser waren UNO und EU sowie die USA als Hauptakteur mit ihrem Botschafter Zalmay Khalilzad präsent. Alle Beschlüsse wurden entweder im Büro Karsais oder in der US-Botschaft gefaßt. Sowohl UNO wie EU-Vertreter nickten die getroffenen Entscheidungen dann nur noch ab, was zum Verlust ihrer Neutralität und Glaubwürdigkeit führte.

So war es nur logisch, daß auf dem Gipfeltreffen in Istanbul am 28. Juni 2004 die Unterstellung der Schutztruppe ISAF unter das Kommando dieses Aggressionspaktes beschlossen wurde. Nach einem im Brüsseler NATO-Hauptquartier beschlossenen Operationsplan wurde Afghanistan unter den Besatzern in vier Sektoren aufgeteilt. So hob man die ursprüngliche Aufsichtsfunktion der UNO wie die Eigenstaatlichkeit Afghanistans auf. Diese Demütigung der Afghanen war der Nährboden, auf dem der bewaffnete Widerstand gedieh.

Noch vor den Parlamentswahlen 2005 hatte Karsai eine „Nationale Konferenz“ einberufen, auf der 100 Personen seines Umfeldes zusammenkamen, die ihn „bevollmächtigten“, mit den USA einen Vertrag zu schließen, auf dessen Grundlage die U.S. Army auf unabsehbare Zeit in Afghanistan bleiben kann. 2011 und 2012 unterschriebene Verträge Karsais mit der NATO sowie die bilateralen Verträge mit den USA, der BRD und Großbritannien erlauben diesen Ländern „Berater“

und „Ausbilder“ auch nach dem Abzug der NATO-Kampftruppen über 2014 hinaus in Afghanistan zu belassen. Damit wird das Land am Hindu-kusch zu einer Militärkolonie und bleibt weiterhin ein unsinkbarer Flugzeugträger der NATO. Da das Kabuler Kabinett etwa zur Hälfte aus Afghanen mit amerikanischem Paß besteht – den Rest stellen in Europa lebende Afghanen und einige willfähige Warlords – hatte die NATO keine Mühe, diesem Marionettenregime beliebige Verträge abzuverlangen. Hier spielten auch die in allen Ämtern präsenten US-Berater eine wichtige Rolle.

Ab 2002 leitete die Karsai-Administration eine „Politik der offenen Tür“ ein. Dadurch wurde die Wirtschaft Afghanistans zerstört. Wie der damalige Kabuler Wirtschaftsminister Amin Farhang hervorhob, waren 99 % aller Waren importiert. Der einheimischen Wirtschaft wurde jegliche Entwicklungschance genommen. Sie exportiert fast nichts. 2010 hat z. B. die Bundesrepublik Waren im

Wert von 269 Mio. Euro nach Afghanistan geliefert, während es umgekehrt nur 24 Mio. Euro waren – hauptsächlich Teppiche. Die Heroinbarone nutzen den „Wirtschaftsboom“ zur Geldwäsche. Sie investieren nur in teure Hotels, Immobilien und Lebensmittel für den Bedarf zahlungskräftiger Ausländer, statt sich im Wiederaufbau des Landes zu engagieren. Sie und die korrupte „Elite“ transferieren ihr Geld lieber ins Ausland. Der ehemalige 1. Vizepräsident, Ahmad Zia Masud, wurde am Dubaier Flughafen mit 50 Millionen Dollar im Koffer zunächst festgenommen, dann aber wieder freigelassen. Am 11. März 2010 meldete Tolo-TV, daß 15 Gouverneure, Botschafter, Generale der Polizei und Kabinettsmitglieder durch Karsai wegen Korruption zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Dies bestätigten sowohl Justizminister Habibullah Ghaleb vor dem Parlament als auch der Stellvertretende Generalstaatsanwalt Faqir Ahmad Faqiryar am 13. März 2010 auf einer Pressekonferenz. Wirtschaftsminister Farhang soll 4 Millionen Dollar aus dem Haushalt seines „Hauses“ auf ein Schweizer Konto transferiert haben. Dies erklärte Generalstaatsanwalt Ishaq Aloko. Dem „Spiegel“ zufolge soll Farhang sogar 19 Millionen Dollar unterschlagen haben. Da er aber einen Paß der BRD besitzt, ist er zu seiner Familie dorthin zurückgekehrt. Nach neuesten Informationen hat auch der

amtierende Finanzminister Hazrat Omar Zakhelwal insgesamt 1,8 Millionen Dollar auf seine Privatkonten überwiesen.

Seitdem die NATO den Abzug von Kampftruppen angekündigt hat, verlassen täglich Millionen Dollar illegal das Land. Der Präsident der Zentralbank teilte offiziell mit, 2011 seien über 4,6 Milliarden Dollar – das entspricht dem Jahresbudget der Kabuler Regierung – außer Landes gebracht worden.

Demgegenüber verschlechtert sich die Lage der Bevölkerung ständig. Die Arbeitslosigkeit beträgt etwa 70 %, in manchen Regionen bis zu 90 %. Dort sympathisieren bereits Vier Fünftel der Bevölkerung mit den Taliban. 80 Prozent der Afghanen leben unter Bedingungen des Existenzminimums.

Das ist das Ergebnis der elfjährigen NATO-Besetzung Afghanistans. Auch dessen Bürgern waren einst „blühende Landschaften“ versprochen worden. Solche Zusagen erwiesen sich wie anderswo auch als Schall und Rauch. Selbst in Kabul funktioniert weder die Wasser- noch die Stromversorgung. Wegen der katastrophalen sanitären Verhältnisse kam es in den heißen Sommermonaten wiederholt zu Cholera-Epidemien. Für den einfachen Bürger sind die Mietpreise in der Stadt unerschwinglich geworden.

Die afghanischen Frauen haben viele Feinde: Armut, alltägliche Brutalität oder Entführungen. Die Vergewaltigungsrate ist extrem angestiegen. Da die Frauenschänder keine nennenswerten Strafen zu befürchten haben, sind die Afghaninnen de facto vogelfrei. Hinzu kommt noch, daß Vergewaltigung als außerehelicher Geschlechtsverkehr gilt und die Frauen dafür sogar gesteinigt werden können.

Zu dem unsäglichen Petersberger Fahrplan hätte es eine Alternative gegeben, die jedoch nie in Erwägung gezogen wurde. Der optimale Weg zur Befriedung Afghanistans wäre die Bildung einer wirklich repräsentativen Regierung gewesen. Unter strengster Kontrolle nicht der „internationalen Gemeinschaft“, sondern der Blockfreien, der Konferenz der islamischen Staaten, der internationalen Gewerkschaften, von Friedens- und Frauenorganisationen hätten Wahlen für eine Ratsversammlung durchgeführt und dort eine provisorische Regierung sowie Kommissionen zur Ausarbeitung einer Verfassung und von Parteien- und Wahlgesetzen bestimmt werden müssen. Eine vom Volk gewählte Regierung hätte auch in Kabul nichts zu befürchten. Schlimmstenfalls wäre für kurze Zeit Militärschutz benötigt worden, wobei man die Nichtpaktgebundenen und die islamischen Staaten in die Pflicht hätte nehmen können. Damit wäre

auch den Islamisten der Wind aus den Segeln genommen worden, denn Afghanistan wäre dann nicht von „ungläubigen Christen“ und dem „großen Satan“ besetzt worden. Diese Alternative war jedoch von



Afghanische Kinder, die im eigenen Land heimatlos geworden sind. Selma Benkhelifa, die das Camp besuchte, äußerte gegenüber der Brüsseler „Solidaire“: „Mir ist völlig unbegreiflich, wie menschliche Wesen unter solchen Bedingungen überleben können. Die verwaorsten Kinder besitzen keine Schuhe, einige sind sogar fast unbekleidet. Trotz der Sonne zittern sie vor Kälte.“

Anfang an unerwünscht. Doch es ist noch nicht zu spät, das Petersberger Desaster zu korrigieren.

Ein Wiederaufbau, der ein „Krieg gegen den Hunger“ wäre, müßte die erste Priorität sein. Die auf diversen internationalen Geberkonferenzen dem Land versprochenen Milliarden Dollar fließen über die 6000 in Kabul agierenden und mit allen Vollmachten ausgestatteten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in die Geberländer zurück. Einheimische Unternehmen erhalten von ihnen kaum Aufträge. Der zum Planungsminister ernannte Franco-Afghane Ramazan Bachardoust wurde, als er die Machenschaften der NGOs aufdecken wollte, von Karsai entlassen.

Afghanistans ökonomische Perspektive liegt in der Abkoppelung von kolonialähnlichen wirtschaftlichen Strukturen und der Hinwendung zu einer regionalen ökonomischen Zusammenarbeit mit den entwickelteren Nachbarn Indien, China, Iran und Pakistan sowie in einer Süd-Süd-Kooperation.

Eine von der NATO favorisierte „militärische Lösung“ kann es nicht geben. Sie ist lediglich ein gigantischer „Ressourcenschlucker“. Zwischen 2002 und 2006 wurden in Afghanistan 82,5 Mrd. Dollar für Kriegszwecke ausgegeben, jedoch nur 7,3 Mrd. für den Wiederaufbau. Damit übersteigen die Militärausgaben die Summe der Hilfsmittel um 900 Prozent. Der Krieg kostet jede Woche 1,5 Mrd. Dollar. Selbst offizielle Angaben beziffern dessen Kosten allein für die USA bis Ende 2011 mit 440 Mrd. Dollar. Der Einsatz der Bundeswehr verschlang 2008 über 536 Mio. Euro. Ein Jahr später waren es bereits rund 690 Millionen. Das Institut

für Deutsche Wirtschaftsforschung (DIW) beziffert die jährlichen Kosten mit 2,5 bis 3 Mrd. Euro.

2012 wurden Afghanistan auf einer Konferenz in Tokio insgesamt 16 Mrd. Dollar

für die nächsten vier Jahre zugesagt. Als Gegenleistung hat Karsai, dessen Land Korruptions-Vizeweltmeister und Drogenweltmeister ist, die „Bekämpfung der Korruption“ versprochen. „Würden alle Korrupten vor Gericht gestellt, hätten wir praktisch keine Regierung mehr“, konstatierte am 9. Juli 2012 die Kabuler Zeitung „Aschte Sob“. Karsai hat 110 Warlords, Kriegsverbrecher und Heroinbarone als „Berater“ um sich versammelt. Jeder erhält monatlich 5000 Dollar Gehalt.

Damit die NATO ohne Gesichtverlust ihre Kampftruppen abziehen kann, hat sie Bedingungen für eine Afghanisierung des Krieges geschaffen. Sie bildete etwa 500 000 Mann militärisch aus und bewaffnete sie entsprechend. Darunter befinden sich 352 000 Soldaten der afgha-

nischen Nationalarmee. Die USA drängen aus Ersparnisgründen darauf, die Sicherheitskräfte bis 2016 auf 228 500 Mann zu reduzieren. Damit verlieren 125 000 gut ausgebildete und ausgerüstete Soldaten, die dann sofort zum Widerstand überlaufen dürften, ihren Job. Das wäre ein schönes US-Abschiedsgeschenk für die Taliban! Nach Recherchen des britisch-pakistanischen Publizisten Tariq Ali hatte der Krieg schon 2008 hundertmal mehr Zivilisten getötet, als beim Anschlag in Manhattan ums Leben gekommen sind – also 300 000. Beobachter vor Ort gehen inzwischen sogar von mehr als 500 000 zivilen Opfern aus.

Die Sicherheitslage hat sich trotz Vertreibung der Taliban und von Al Qaida nicht verbessert. Nur in Zentren, wo ISAF-Militär präsent ist, konnte die Situation so weit unter Kontrolle gebracht werden, daß die Taliban dort nicht tonangebend sind. Doch nach dem Abzug der NATO-Kampftruppen wird es zumindest zu einer Verschärfung der innerafghanischen Auseinandersetzungen kommen. Auch ein Bürgerkrieg, wie er ab 1992 stattfand, ist nicht auszuschließen. Das Ende der NATO-Kampfeinsätze ist der Anfang der Afghanisierung des Krieges. Seit dem 18. Juni 2013 haben afghanische bewaffnete Kräfte bereits die Verantwortung für das ganze Land übernommen. Nun töten Afghanen ihre Mitbürger, womit Afghanistan im günstigsten Fall „irakisiert“ und im ungünstigsten „somalisiert“ wird. Von einem Frieden ist meine Heimat sehr weit entfernt.

Dr. Matin Baraki

Unser afghanischer Autor lehrt internationale Politik an der Universität Marburg.